DER PARITÄTISCHE
Gesamtverband

Kontakt: Thorsten Mittag, altenhilfe@paritaet.org

Pflegepolitische Wahlversprechen von ausgewählten Parteien zur Bundestagswahl 2025[1]

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
Eigenanteile	Pflegedeckel: Eigenanteil für die stationäre Langzeitpflege soll für alle Heimbewohner auf 1.000 Euro pro Monat begrenzt werden. Die Kosten für Miete und Essen kämen wie bisher obendrauf. Laut SPD würden Heimbewohner im Durchschnitt um 678 Euro entlastet. Wer zu Hause gepflegt wird, solle ebenfalls entlastet werden. So wolle die SPD die Zuzahlung für mobile Pflege bei 1.000 Euro deckeln, damit die Unterbringung im Heim nicht zur günstigeren Alternative wird. Es soll einen Besitzstandsschutz geben.	Pflege wieder bezahlbar machen. Es soll weiter für dringend benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen gesorgt werden.	Umfassenden gesellschaftlichen Dialog über das zentrale Zukunftsthema Pflege damit die Versorgung von Pflegebedürftigen verlässlich und bezahlbar bleibt. Bei der Vorsorge für den Pflegefall auf einen Finanzierungsmix bestehend aus der gesetzlichen Pflegeversicherung, betrieblichen Mitfinanzierung, Steuermitteln sowie einer eigenverantwortlichen Vorsorge setzen. Bezahlbare Pflegezusatzversicherungen können die Finanzierungslücke in der Pflege schließen. Prüfung einer besseren steuerlichen Absetzbarkeit solcher Modelle	Mehr Anreize für private Pflegevorsorge sowie für die Gleichbehandlung von betrieblicher Pflegevorsorge und Betriebsrente.	Eigenanteile kurzfristig senken und deckeln. Mit unserer Pflegevollversicherung werden sie abgeschafft. Solidarische Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen abdecken. Menschen mit Pflegebedarf und ihre Familien müssen keinen Eigenanteil zahlen. Keine Pflegeleistung darf aus Kostengründen verweigert werden. Mit der Pflegevollversicherung werden die Kommunen entlastet, weil sie nicht mehr für die Eigenanteile der Pflegebedürftigen aufkommen müssen.	Die Eigenanteile für Pflegeheimbewohner müssen deutlich sinken. Pflegevollversicherung, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird.

[1] Grundlage sind die publizierten **Entwürfe** der Wahlprogramme mit Stand 09.01.2025. Eine abschließende Überprüfung der Wahlversprechen findet statt, wenn alle hier zu Grunde gelegten Wahlprogramme beschlossen wurden.

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
			als Teil einer nachhaltigen Vorsorge.			
Finanzierung und Pflege-Bürgerversicherung	Beendigung des Nebeneinanders von gesetzlicher und privater Pflegeversicherung Schaffung eines gemeinsamen, solidarisch finanzierten Pflegesystems: Erster Schritt: private Pflegeversicherungen in den Risikostrukturausgleich einbeziehen.	SPV von versicherungsfremden Leistungen entlasten bspw. indem die Finanzierung der Rentenbeiträge von pflegenden Angehörigen über Steuern erfolgt. Beteiligung aller Versicherten an der Finanzierung. Auf dem Weg hin zu einer Pflegebürgerversicherung sollen neben den gesetzlich Versicherten auch die Privatversicherten in den solidarischen Finanzausgleich einbezogen werden. Beitragsbemessung reformieren und beispielsweise auch Kapitaleinnahmen zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems heranziehen.	Mit einer klaren Finanzierungsstruktur Voraussetzungen schaffen, um gute Pflege für Jung und Alt in unserem Land zu gewährleisten. Neben einer schnellen finanziellen Stabilisierung Erarbeitung eines umfassenden Konzepts für eine stabile pflegerische Versorgung in einer alternden Gesellschaft Dabei geht es auch darum, die Mittel der Sozialen Pflegeversicherung bedarfsgerechter so einzusetzen, dass finanzielle Belastungen der Betroffenen bestmöglich abgefedert werden.	Bestmögliche Gesundheits- und pflegerische Versorgung bei stabilen Beiträgen. Die Finanzierung der Pflege muss diversifiziert werden. Das umlagefinanzierte System der sozialen Pflegeversicherung als Teilleistung beibehalten. Zur Stabilisierung der Beitragssätze eine kapitalgedeckte Komponente ergänzen.	Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung. Alle zahlen ein, Beiträge werden auf alle Einkommen erhoben. Die Beitragsbemessungsgrenze fällt weg. Auch auf Einkommen aus Kapitalerträgen und andere Einkommensarten müssen Beiträge gezahlt werden. Privatversicherte werden in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen. Dadurch sinkt der Beitrag für die Krankenversicherung von derzeit 17,1 auf etwa 13,3 Prozent des Bruttolohns. Für alle Menschen mit einem Monatseinkommen unter etwa 7.100 Euro sinken die Beiträge. Der allergrößte Teil der Bevölkerung wird	Pflegevollversicherung, die überwiegend aus Steuermitteln finanziert wird.

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
					durch dieses Konzept finanziell entlastet, auch viele Selbstständige und Rentner*innen.	
Investitionskosten	Investitionsaufwendungen der Heime sollen zukünftig nicht vollständig auf die Bewohner umgelegt werden dürfen.					
Familienpflegezeit, Familienpflegegeld & pflegende Angehörige	Wer Angehörige pflegt, solle ähnlich wie beim Elterngeld Familienpflegegeld vom Staat bekommen. Das Elterngeld beträgt 65 Prozent vom vorherigen Nettolohn und maximal 1.800 Euro im Monat. Mehr Zeitsouveränität für alle pflegenden Angehörigen.	Wer die eigene Arbeitszeit für die Pflege reduziert, soll finanzielle Unterstützung in Form eines zeitlich begrenzten Ausgleichs der entgangenen Einkünfte erhalten. Die Leistung soll so ausgestaltet sein, dass mehrere Personen sich die Pflege teilen können. Berufliche Freistellungen sollen besser und flexibler möglich sein.	Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken.	Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und der Pflege von Angehörigen sollen Kurz- und Tagespflege für pflegebedürftige Menschen ausgebaut werden. Flexible Arbeitszeiten, Teilzeit, Jobsharing, bzw. Topsharing und Homeoffce soll es Frauen wie Männern ermöglichen, Beruf und Familie besser zu vereinbaren. Zugleich die Situation und besonderen Bedürfnisse	Das Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus: alle Beschäftigten sechs Wochen Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanziertem Lohnausgleich beim ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Alle pflegenden Angehörigen sollen Geldleistungen und Rentenpunkte erhalten.	Arbeitslosenversicherung: Die Frist zur Erfüllung der Versicherungszeiten soll verlängert werden, Zeiten der Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen müssen anerkannt werden.

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
				pflegender Kinder und Jugendlicher in den Blick nehmen.		
Altenhilfe / Rolle der Kommunen in der Pflege, Versorgungssicherheit & Pflegeinfrastruktur	Kommunen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, darüber zu entscheiden, wo und in welcher Trägerschaft sich Einrichtungen und Pflegedienste ansiedeln. Beratung, Vernetzung und Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue Wohnformen verstetigen, um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu stärken.	Angebote im Quartier, also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern.	Schaffung guter Rahmenbedingungen für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen und die Beschäftigten in der Pflege.	Die Gesundheitsversorgung patientenzentriert gestalten. Bekennung zur Selbstverwaltung und Stärkung der Freien Berufe.	Rechtsanspruch auf Leistungen der Altenhilfe. Altersdiskriminierung verbieten: Artikel 3 (3) GG soll um das Merkmal Alter ergänzt werden. Überall in den Kommunen müssen Seniorenvertretungen eingerichtet werden. Kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern. Sie sollen zentrale Anlaufstelle für Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden. Stationäre und ambulante	

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
					Versorgung gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls planen und gestalten.	
Entlastungsleistungen, Tagespflege und Co.		Den Zugang zur Tagespflege wollen wir verbessern und Angebote ausbauen. Pflegebedürftige sollen Pflege, therapeutische Leistungen oder Unterstützung bei der Haushaltsführung flexibler als bisher in Anspruch nehmen und miteinander kombinieren können, zum Beispiel in Form eines Pflegebudgets.	Mehr Vereinfachung mit einem Pflegebudget erreichen, das flexibel für pflegerische Leistungen eingesetzt werden kann. Durch starke Netzwerke im direkten Umfeld soll einer hohen Anzahl von Pflegebedürftigen, so lang wie möglich ermöglicht werden, in den eigenen vier Wänden zu wohnen.	Niedrigschwellige Beratungsangebote ausbauen.	Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch für ihre pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch zugängliche Entlastungsangebote.	
Prävention und Reha	Mit Prävention und Reha Pflegebedürftigkeit möglichst lange aufschieben.	Mit Prävention und Reha Pflegebedürftigkeit möglichst lange aufschieben.	Prävention und Reha vor Pflege.	Aktive Präventionsstrategie starten. Die Digitalisierung bietet hierbei große Chancen, zum Beispiel durch Gesundheits-Apps, Telemedizin und Wearables.	Gesundes Leben unabhängig vom eigenen Geldbeutel in allen Lebensbereichen ermöglichen.	Prävention, alternative Behandlungsformen und die schlichte menschliche Betreuung kommen unter die Räder zugunsten einer immer teureren „Reparaturmedizin“, der Bevorzugung von eingriffsbezogenen

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
						Diagnosen und der Behandlung von Akuterkrankungen zuungunsten von chronischen Mehrfacherkrankungen. Diese Fehlanreize müssen überwinden.
Hospize und Palliativversorgung			Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung ausbauen und so einen würdevollen Abschied aus dem Leben ermöglichen. Die aktive Sterbehilfe wir abgelehnt.			Palliativmedizin, die Versorgung mit Hospizen und die stationäre Pflege so fördern, dass diese Phase des menschlichen Lebens in Würde verbracht werden kann.
Verbesserung der Arbeitsbedingungen	Arbeitsbedingungen durch innovative Lösungen und mehr Zeitausgleich verbessern. Mehr Freizeitausgleich, beispielsweise durch verkürzte Wochenarbeitszeit. Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe stärken, mehr Durchlässigkeit schaffen und die	Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job verlassen haben, sollen mit einer Rückkehr-Offensive zurückgewonnen werden – bspw. durch eine bessere	Attraktive Arbeitsbedingungen durch planbare Einsatzzeiten und Springerpools zum Abfedern von Belastungsspitzen, Aufstiegsmöglichkeiten, neue Berufsbilder und Anwerbungen im Ausland. Gleichzeitig Unterstützung des Einsatzes und die Zusammenarbeit multiprofessioneller	Das veraltete Arbeitszeitgesetz abschaffen, um flexible Arbeitszeiten zu ermöglichen.	Flächendeckende Entlastungstarifverträge haben, bessere Arbeitsbedingungen und bundesweite Offensive zur Rückanwerbung für Pflegekräfte und weitere Beschäftigte im Gesundheitswesen, die den Beruf verlassen. Allgemeinverbindliche Tarifverträge.	Bessere Bezahlung.

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
	Befugnisse von Pflegefachpersonen erweitern. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern.	Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Potenzial soll durch Beratung, die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr Kompetenzen für den Pflegeberuf und bessere Aufstiegschancen gehoben werden.	Teams und von Fachkräften unterschiedlicher Qualifikationsstufen.		Die Berufe von Kranken- und Altenpflege sind zusammengelegt worden. Trotzdem besteht noch eine Lohnlücke von etwa 300 Euro: Sie muss geschlossen werden.	
Stärkung von Pflegefachkräften	Maßnahmen zur Einführung der Advanced Practice Nurse und Gemeindeschwestern.		Stärkung der Rolle von Pflegefachpersonen.		Gesundheitsberufe wie Apotheker*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen (Heilmittel), Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter*innen bringen ihre speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können.	
Ausbildung	Verbesserung für Praxisanleitung in der Pflegeausbildung.	Ausbildungsbedingungen verbessern und für die	Unterstützung der Entwicklung der Berufsschulen. Im Bündnis mit	Junge Menschen in Ausbildung vom Rundfunkbeitrag befreien.	Ausbildungsoffensive.	Mehr Pflegepersonal ausbilden. Benachteiligung der Kinder- und

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
		Pflegeassistenz vereinheitlichen.	Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Kammern machen wir die Berufsbildung zukunftsfest. Die Allianz für Aus- und Weiterbildung führen wir fort.			Jugendmedizin ist aufzuheben, die Ausbildung zur Kinderkrankenpflege wieder aufzunehmen.
Anwerbung	Weltweite Anwerbung und Integration von Fachkräften ausbauen.	Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen vereinfachen und Schaffung einer zentrale Anerkennungsstelle.	Anwerbung steht im Kontext mit Verbesserung der Arbeitsbedingungen.	Im Inland und Ausland mehr Pflegefachkräfte gewinnen. Dafür Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen.	Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse unabhängig von Beschäftigungsdauer und Arbeitgeber sowie fächendeckende Kontrollen zur Durchsetzung des Mindestlohns. Qualifikationen und Abschlüsse auch von Nicht-EU-Bürger*innen müssen schneller anerkannt werden.	Statt primär auf die Anwerbung ausländischer Fachkräfte zu setzen und damit die Abwanderung qualifizierten Personals aus ihren Heimatländern zu fördern, in erster Linie junge Menschen in Deutschland qualifizieren und ausbilden.
24h Betreuung					Die prekäre Lage von Menschen in ihren Herkunftsländern wird für eine Beschäftigung in der „24-Stunden Betreuung“ unter inakzeptablen Bedingungen ausgenutzt. Es braucht eine	

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
					Regulierung dieser Beschäftigungsverhältnisse mit Sozialversicherungsschutz, gesetzlicher Arbeitszeit, Urlaub und Mindestlohn.	
Wohnen	Pflegebedürftige und ihre pflegenden Angehörigen sollen bei der Vergabe von sozialem Wohnraum aufgrund der besonderen Raumvoraussetzungen für die Pflege bevorzugt werden.	Mehrgenerationen-Wohnen, die gemeinschaftliches Wohnen mehrerer Generationen zum Ziel haben, fördern.	Stationäre und ambulante Einrichtungen sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten in der Versorgung erhalten. Durch neue Wohn- und Betreuungsformen, in denen Pflege- und Betreuungskräfte sowie Angehörige die Versorgung gemeinsam übernehmen, wollen wir starre Sektorengrenzen abbauen.			Altersgerechte Umbau von Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ist vorrangig mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Quote für altersgerechte und barrierefreie Wohnungsangebote und ein gesetzliches Räumungsverbot gegenüber älteren Menschen. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen muss in die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards verankert werden.	

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
Corona	Staatliches Krisenmanagement in der Corona-Pandemie umfassend aufarbeiten, um daraus lernen zu können.			Die während der Corona-Pandemie eingeführten Sonderregelungen zur telefonischen Krankschreibung abschaffen. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss, um echte Aufklärung und Transparenz durch ein geordnetes Verfahren zu gewährleisten und Handlungsempfehlungen für zukünftige Krisen zu geben.		Corona-Politik aufarbeiten und Unrecht wiedergutmachen. Infektionsschutzgesetz (IfSG) überarbeiten. Die Änderungen in der CoronaZeit haben Möglichkeiten für drakonische Maßnahmen geschaffen und diese bestehen bis heute fort. Insbesondere den § 22a IfSG (Regelungen zum Impf-, Genesenen und Testnachweis bei COVID-19 sowie COVID-19-Zertifikate) und den Maßnahmenkatalog des § 28a IfSG aufheben.
Entbürokratisierung	Bürokratischer Aufwand soll reduziert werden.	Dokumentationspflichten und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren.	Alle Berufsgruppen von Bürokratie entlasten. Enge Verzahnung von Medizinischem Dienst und Heimaufsicht zur Vermeidung von Doppelstrukturen an und prüfen deren Zusammenlegung.	Befreiung von Pflegeanbietern von doppelten Prüfungen ohne Mehrwert, unnötigen Nachweis- und Dokumentationspflichten und überbordenden Vorgaben. Sofortiges dreijähriges Moratorium für		EU-Auflagen, die Unternehmen übermäßig belasten, deren Nutzen jedoch fragwürdig ist, sollten nicht mehr in nationales Recht übernommen werden. Die Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
			Bekämpfung überbordende Bürokratie und wollen Öffnungsklauseln und Erprobungsmöglichkeiten für flexible Lösungen und neue Modelle schaffen. Ziel ist: Mehr Zeit für den Menschen und weniger Zeit für Verwaltung.	Bürokratie: In dieser Zeit dürfen keine neuen Regularien beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden. Bürokratiefreies Jahr für Betriebe, in dem sie keine Berichtspflichten erfüllen müssen. Es muss jedes Jahr ein Jahresbürokratieentlastungsgesetz geben, um einen Abbau-Pfad für überflüssige Regelungen zu schaffen. Mit einer Bürokratiebremse im Grundgesetz Verankerung des Bürokratieabbaus in unserer Verfassung. Bürokratie-Monster, wie etwa die Bonpflicht, ersatzlos streichen. Betriebe dürfen sich nicht länger mit Papierkram.		Unternehmen (ESG) etwa führen zu unnötiger Bürokratie. Als Sofortmaßnahme wird die Pflicht zur sog. Nachhaltigkeitsberichterstattung sofort ausgesetzt. Reform des Lieferkettengesetzes, um das Verhältnis von Nutzen zu Aufwand zu verbessern. Schwellenwerte so gestalten, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stärker von Berichts- und Dokumentationspflichten befreit werden. Ziel ist es, den unternehmerischen Freiraum zu erweitern und damit Innovationen zu fördern. Digitalisierung kann Bürokratielasten nach oben treiben, vor allem für kleinere Betriebe und Selbstständige, wenn sie zwangsweise verfügt wird. Das ist etwa bei der

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
				Schriftform zur Ausnahme machen. Die Aufbewahrungsfrist für Buchungsbelege auf fünf Jahre absenken. Datenschutz: Datenschutzaufsicht vereinheitlichen und so für eine einheitliche Auslegung und Anwendung des Datenschutzrechts sorgen. Datenschutzaufsichtsbehörden: Grundgesetz so ändern, dass Bund und Länder effektiv zusammenarbeiten und die Datenschutzkonferenz verbindliche Beschlüsse fassen kann. Vergaberecht drastisch vereinfachen. Die Die Wertgrenze für Direktaufträge auf 100.000 Euro anheben. Berichts-, Dokumentations- und Nachweispflichten drastisch reduzieren. Berichtspflichten aus dem		Pflicht zur elektronischen Rechnungsstellung der Fall. Oder auch bei seitenlangen Datenschutzerklärungen, die niemand liest, die aber abgemahnt werden können. Derartige Zwangsmaßnahmen werden abgelehnt.

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
				„Green Deal“ der EU-Kommission abschaffen. Unnötige Bürokratie im Gesundheitswesen abbauen. treiben		
Digitalisierung	Darüber hinaus die Chancen der Digitalisierung nutzen, um die Pflege durch digitale Produkte und Beratungsangebote noch besser zu unterstützen. Denn die Digitalisierung in der Pflege kann Prävention fördern, Pflegebedürftigkeit vorbeugen, verlässliches Monitoring ermöglichen und bestehende Versorgungsangebote besser vernetzen. Ausbau von KI-gestützter Dokumentation.	Unnötige Bürokratie, die heutzutage digital und effizienter laufen könnte, muss abgebaut und der Nutzen für Patient*innen erhöht werden, auch durch den Einsatz künstlicher Intelligenz.	Digitalisierung im Gesundheitsbereich voranbringen. Die Potenziale der elektronischen Patientenakte, von digitalen Gesundheitsanwendungen oder des Einsatzes von KI werden im Einklang mit dem Datenschutz weiter ausgeschöpft. Die Digitalisierung in der ambulanten Versorgung gezielt unterstützen. Durch Digitalisierung soll einer hohen Anzahl von Pflegebedürftigen, so lang wie möglichermöglicht werden, in den eigenen vier Wänden zu wohnen.	Zunehmende Digitalisierung der das Ehrenamt umgebenden steuer- und registerrechtlichen Abläufe. Digitalisierung im Allgemeinen weiter vorantreiben. Durch digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik maßgeblich zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen.	Digitale Gesundheitsanwendungen brauchen wissenschaftliche Bewertungsverfahren. Open-Source-Anwendungen öffentlich fördern.	

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
			Vereinfachen der Dokumentationsprozesse, die viel Zeit in Anspruch nehmen.			
Gemeinnützigkeit / Daseinsvorsorge	Öffentliches und beitragsfinanziertes Geld soll in der Versorgung bleiben. Einfluss von Finanzinvestoren auf Gesundheits- und Pflegeversorgung begrenzen. Öffentliche und gemeinnützige Träger stärken und für eine bezahlbare und gerechtere Kranken- und Pflegeversorgung sorgen.			Damit mit sich Ehrenamtliche auf ihr Engagement konzentrieren können, Vereine bei Haftungsrisiken und Bürokratie deutlich entlasten. Digitale Angebote und Plattformen für Ehrenamtliche sollen weiter ausgebaut werden. Reduzierung von Dokumentations- und Aufbewahrungspflichten. Zunehmende Digitalisierung der das Ehrenamt umgebenden steuer- und registerrechtlichen Abläufe.	Private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) investieren in großem Stil in Pflegeeinrichtungen und medizinische Versorgungszentren (MVZ), trimmen sie auf Profite und verkaufen sie teurer weiter. Das soll gestoppt werden. Pflegekonzerne aus der stationären Pflege herausdrängen. Die Finanzierung muss auf Kostendeckung ausgerichtet werden. Private Pflegeeinrichtungen in öffentliche Hand überführen. Reform des Gemeinnützigkeitsrechts mit einer Klarstellung der als gemeinnützig anerkannten Zwecke.	Gesundheits- und Pflegepolitik, die jedem Kranken und Pflegebedürftigen eine gute Versorgung sichert, und nicht eine, die die Profite von Pharma- und Klinikkonzernen sowie der Finanzinvestoren, die immer mehr Pflegeheime und Arztpraxen übernehmen, in die Höhe treibt.

Thema	SPD	B90/DIE GRÜNEN	CDU/CSU	FDP	DIE LINKE	BSW
					Die Mitwirkung an der politischen Willensbildung muss ausdrücklich möglich sein, ob zur Verfolgung eigener Zwecke oder darüber hinaus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.	